

Kolumbien-aktuell

No. 475 2. Juli 2008

1. Frieden und Konflikt: Einschüchterung und soziale Kontrolle – eine Alltäg- lichkeit in den Arbeitervierteln

3. Debatte: Uribe – Alchimist der Illegalität

Leitungsequipe:

Mauricio García Durán S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Jorge Carvajal, ILSA

Direktion:

Johanna Cárdenas Beltrán

Redaktion:

Mauricio García Durán S.J.; Camino Tamayo; Johanna Cárdenas; Nelson Martin

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinpe.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: fachstelle.luzern@askonline.ch Internet: www.askonline.ch

1. Frieden und Konflikt: Einschüchterung und soziale Kontrolle – eine All- täglichkeit in den Arbeitervierteln von Medellín

„In meinem Viertel hat es illegale Gruppen, welche sich des sozialen Leben bemächtigen wollen“, berichtete Jorge, ein junger Student, der in der Comuna 1 in Medellín wohnt.

Von Juan Diego Restrepo und Ricardo Cruz, Presseabteilung des IPC

Die Aussage von Jorge wurde von weiteren Jugendlichen bestätigt, die sagten, dass in einigen Gebieten in den nordöstlichen Vierteln von Medellín die soziale Kontrolle durch illegale Organisationen mit paramilitärischen Praktiken aufrecht erhalten wird.

Alle diese Jugendlichen nahmen zusammen mit mehr als 100 Personen an der 3. Session des Städtischen Menschenrechtskomitees teil, welches in einer Kirche im Stadtviertel Caicedo durchgeführt wurde. An der Session wurde gemeinsam die Verletzbarkeit der Menschenrechte in den 105 Stadtvierteln des Nordostens der Stadt analysiert, in denen über 600'000 Menschen leben.

„Es gibt häufige Strafaktionen durch jene, die in meinem Viertel die Macht ausüben“, meinte Marina, eine Schülervertreterin. Sie richtete ihren Aufruf u.a. an die Vertreter der UNO, der Unterstütsungsmission der Organisation Amerikanischer Staaten OAS für den Friedenspro-

zess und die Ombudsstelle und bekräftigte, dass in der Nachbarschaft die Probleme häuslicher Gewalt und Streitigkeiten unter Nachbarn von „den Burschen“ (den demobilisierten Paramilitärs) gelöst würden.

„Wenn ein Mann seine Frau schlägt oder seine Kinder misshandelt, so rufen die Leute jene, die im Viertel die Macht ausüben und diese lösen das Problem. Sie reden mit den Betroffenen und raten ihnen, dies nicht mehr zu tun“, erklärte Marina. Amparo ergänzte die Aussagen und fügte bei: „Wenn die Regeln nicht befolgt werden, so wird mit Schlägen bestraft. Wenn das Problem weiter anhält, wird die Person zum Verlassen des Viertels gezwungen.“

Jorge beharrt darauf, dass „sie das Leben in den Vierteln bestimmen“ und drückte seine Wut darüber aus, dass in seinem Viertel genau das gleiche geschieht. „Es ist sehr schlimm, dass die Leute nicht an die durch das Gesetz ermächtigten Institutionen gelangen, sondern an diese Mitglieder illegaler Gruppen. Dies zeigt, dass die Leute immer noch Angst vor ihnen haben.“

Teresa, eine weitere jugendliche Teilnehmerin an der 3. Session, beklagte sich über die fehlenden Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung. „Ich wollte mit einer Gruppe von FreundInnen an der Wahl des Stadtviertelrates teilnehmen. Doch eine Gruppe von demobilisierten Paramilitärs zwang uns, unsere Wahllisten zurück zu nehmen. Wir hatten keine andere Wahl, als dies zu akzeptieren und zu gehen. Paradox ist, dass sie auf der Beteiligung insistieren, einem dann aber doch nicht lassen.“

Was eine der Jugendlichen am meisten stört, ist, dass „man nicht nur den Kopf senken“ und akzeptieren muss, dass die demobilisierten Paramilitärs „die Macht ausüben“, sondern auch die Gleichgültigkeit der Behörden. „Die Polizei fährt hier mit ihren Motorrädern vorbei, sie halten nicht an, sie kommen wie auf einen Ausflug und oft sieht man sie mit den Demobilisierten zusammen.“

Rocio, eine junge Studentin, ging in ihrer Anklage noch weiter: „In meinem Viertel haben wir mehrere Polizisten gesehen, wie sie in der Nacht maskiert patrouillieren, Übergriffe gegen Leute begehen, Mädchen belästigen. Einige junge Frauen sind vergewaltigt und mehrere ungewollte Schwangerschaften sind angeklagt worden.“

Bei der öffentlichen Debatte wurden die Anklagen genau präzisiert, mit Angabe von Orten und Umständen. Eine besondere Rolle spielt die Busstation im Viertel Manrique, „von wo aus der Drogenhandel und die Zone kontrolliert werden“, meinte eine Führungsperson dieses Stadtteils.

Die gemeinsame Arbeit der Gemeinschaften erlaubte heraus zu finden, dass im Viertel Caicedo irreguläre Mittel zur Abzweigung von Wasser installiert wurden, welches zwangsweise für die Wäsche der Busse verkauft wird. Am gleichen Ort wurde auch die irreguläre Einforderung von 50'000 Pesos pro Woche angeklagt, für alle Läden, die Münzautomaten haben. In beiden Fällen wurden als Verantwortliche dieser Irregularitäten demobilisierte Paramilitärs angeklagt, welche die Viertel kontrollieren.

Mehrere Führungsleute der Stadtviertel bekräftigten ihre Anklagen gegen den heute inhaftierten Jonh William López, alias Memín, ein demobilisierter Paramilitär der Comuna 8 und Mitglied des lokalen Stadtviertelrates. „Vor weniger als einem Jahr hat er mich bedroht, nur weil ich mich nicht an seinem politischen Projekt beteiligen wollte. Seit seiner Verhaftung fühlen sich die Leute sicherer, doch sie dürfen dies nicht sagen, denn seine Leute sind immer noch

dort und überwachen jene, die sie als ihre Feinde betrachten“, meinte eine Führungsperson aus diesem Viertel.

Diese Anklagen konnten nicht ohne Angst und Druckausübung gemacht werden. In der Kirche, in welcher die Session stattfand, tauchten gegen zehn bekannte demobilisierte Paramilitärs der AUC auf. Sie weigerten sich, sich als solche auszugeben und platzierten sich strategisch an jedem der vier Arbeitstische, fotografierten diskret die Ankläger, was die Funktionäre der Permanenten Menschenrechtseinheit der Ombudsstelle von Medellín alarmierte. Diese sprachen darauf diese Personen an, verlangten ihre Identifikation und die Löschung der Fotos.

„Wenn sie (die Demobilisierten) so vor Leuten der UNO und der OAS, der Ombudsstelle und weiterer Institutionen vorgehen und Druck und Angst verbreiten, so können Sie sich vorstellen, wie es bei Sitzungen unter den Führungsleuten der Viertel ist. Wir sind unter ständigem Druck“, meinte eine Führungsperson eines Stadtviertels.

Die Ombudsstelle meldet sich zu Wort

Die Anklagen der Gemeinschaften führten dazu, dass Jorge Ceballos, Koordinator der Permanenten Menschenrechtseinheit der Ombudsstelle von Medellín bestätigte, dass in den verschiedenen Vierteln des Nordostens der Stadt das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit nach wie vor verletzt wird.

„Es gibt illegale Akteure, welche die Kontrolle im gesamten Nordosten der Stadt ausüben“, meinte Ceballos gegenüber der Presseabteilung des IPC. „Die Demobilisierten der AUC haben weiterhin eine führende Rolle. Es gilt sich zu fragen, ob die Demobilisierten weiterhin als Paramilitärs oder als Drogenhändlerbanden handeln. Dies wird aufgeklärt werden müssen.“

Zwei Umstände besorgen Ceballos: Die Abwesenheit der staatlichen Behörden und die Machtfunktion, welche die Demobilisierten der AUC nach wie vor haben. „In allen Anklagen wurde die Abwesenheit der Behörden bedauert. Wenn wir hier von Behörden sprechen, meinen wir nicht nur die Polizei, sondern auch alle Funktionäre, welche die städtischen Behörden vertreten wie Polizeiinspektoren und Friedensrichter.“

Über jene, die illegal zu Machtausübenden geworden sind, meinte Ceballos: „Die Leute, welche Normen durchsetzen, übernehmen eine Rolle, die nur Staatsbeamten zukommt. Und wer ohne Staatsbeamter zu sein die Rolle eines Staatsbeamten ausübt, übt parastaatliche Macht aus. Und wenn diese Person bewaffnet ist, dann ist er ein paramilitärischer Akteur.“

In Bezug auf die Präsenz einer Gruppe von Demobilisierten bei der Session, zeigte sich Ceballos besorgt, denn diese Personen identifizierten sich nicht und zeigten auch keinerlei Interesse an den Diskussionsprozessen teil zu nehmen, welche an der Session geführt wurden. „Problematisch war, dass einige von ihnen Fotos der Teilnehmenden machten und sie mit Blicken und Gesten einschüchterten.“

Die Situation führte zu einer derartigen Spannung, dass Ceballos Verstärkung durch die Polizei anforderte, um die Teilnehmenden beim Verlassen der Session zu begleiten. „Man muss von der Polizei und den Behörden den Schutz dieser Personen verlangen, welche heute ihre Aussagen gemacht haben“, verlangte Ceballos.

Gegenüber diesen Anklagen von Leuten aus den Stadtvierteln waren auch die Stimmen von mehreren demobilisierten Frauen der AUC zu hören, welche meinten, dass „diese Anklagen ein Angriff gegen den Wiedereingliederungsprozess“ seien. Ceballos lehnte diese Interpreta-

tion klar ab und meinte, alle Demobilisierten, welche nicht weiter Delikte verüben, seien willkommen. „Doch wer weiter Delikte verübt, soll vor Gericht gebracht werden, denn die Gemeinschaften können nicht in dieser Angst leben.“

Ceballos erklärte, er werde die Polizeiführung über die Anklagen gegen Polizeibeamte informieren. Seiner Meinung nach erwartet die Bevölkerung dieser Stadtviertel auch, dass nicht nur der Staat das Gewaltmonopol hat, sondern die Polizei auch eine Legitimität erlangt und von den Gemeinden nicht als Teil der illegalen Gruppen gesehen wird.

Zum Schluss der Session lobte Ceballos diese gemeinsame Session und hob hervor, dass sie neue soziale Dynamiken zeige: „Es gibt eine Gemeinschaft, welche das Gesetz des Schweigens bricht und sich getraut, Anklage zu erstatten.“

2. Debatte: Uribe – Alchimist der Illegalität

Alles scheint darauf hin zu deuten, dass Uribe bereits beginnt, das von ihm angekündigte Chaos zu inszenieren. Das Chaos der politischen Illegitimität.

Von Hernando Llano Angel, Professor der Universität Javeriana in Cali

In einer kürzlichen Erklärung des Präsidenten wurde die Verurteilung der Ex-Kongressabgeordneten Yidis Medina wegen Bestechung nicht erwähnt, dafür aber die gründliche und rigorose Arbeit der Anklagekammer des Obersten Gerichtshofes abqualifiziert wurde, dank welcher der Kongress von der Präsenz zahlreicher als Politiker getarnter Kriminellen gesäubert werden konnte. Präsident Uribe ist unfähig anzuerkennen, dass der Grund für die Illegitimität seiner Wiederwahl nicht nur Yidis Medina und Teodolindo Avendaño sind, sondern seine nicht zu verbergende strategische Allianz mit dem Verbrechen dies mittels der Senatoren und Repräsentanten, welche heute von der Anklagekammer des Obersten Gerichtshofes wegen ihrer verbrecherischen Symbiose mit dem Paramilitarismus angeklagt sind. Die Mehrheit der Angeklagten sind Mitglieder der Regierungskoalition, welche enthusiastisch den Legislativakt verabschiedete, welcher die unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten ermöglichte.

Von der demokratische Illegitimität...

Jetzt versucht Uribe diese politische Illegitimität durch eine Volksabstimmung zu übertünchen. Er versucht so den illegalen Ursprung des erwähnten Legislativaktes zu verbergen, wobei er Yidis Medina als eine Geschichtenerzählerin darzustellen versucht, welche keinerlei Glaubwürdigkeit verdient. Dies obwohl sie noch vor kurzem von den Ministern für Inneres und für Soziale Sicherheit umschwärmt worden war und selbst Uribe seine patriotische und unwiderstehliche präsidiale Überzeugung eingesetzt hatte, um sie zur Zustimmung zum Legislativakt zu bewegen.

Wir stehen vor einem neuen Kapitel der unendlichen Geschichte von Täuschungen und Unloyalitäten des Präsidenten. Dieses neue Kapitel reiht sich an die legendären Besuche von Eleonora Pineda und Rocio Arias im Präsidentenpalast.. Diese beiden Ex-Abgeordneten waren gegenüber Uribe derart dienstbeflissen in ihrer trüben und schwierigen Arbeit, die paramilitärischen Führer wie Mancuso, Jorge 40 und Don Berna auf den Weg der „Gerechtigkeit und des Friedens“ zu bringen. Heute sind die beiden Abgeordneten im Gefängnis und die paramilitärischen Chefs wurden an die USA ausgeliefert.

Die erfolgreiche Politik der „demokratischen Sicherheit“ war unfähig zu verhindern, dass Mancuso und Konsorten trotz ihrer Gefangenschaft weiterhin Verbrechen verübten und Morde und Verschwindenlassen von Zeugen und Familienangehörigen ihrer Opfer anordneten. Präsident Uribe selber bekräftigte, dass die Auslieferung die beste Massnahmen sei, um das Leben jener zu schützen, welche vom Staat Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verlangten. Nachdem er sich von dieser derart peinlichen Last befreit hat, denkt Uribe wohl, dass die Zeit gekommen ist, schneller vorzugehen. Seiner Popularität sicher, welche ihm von Umfragen der mächtigen Medienkonzerne und Wirtschaftsverbände eingeräumt wird, ist sich Uribe sicher, dass er sich dieses ungemütlichen und verbrauchten Anzugs der demokratischen Legitimität entledigen und sich mit einem neuen – auf ihn zugeschnittenen – Anzug kleiden kann, welcher ihm eine neue Legitimität als unhinterfragbarer Caudillo eines geeint hinter ihm stehenden Volkers vermitteln soll.

...zur charismatischen Legitimität

Diese charismatische Legitimität wird mit Hilfe der Manipulation der Medien der drei wichtigsten und zerbrechlichsten Dimensionen der Politik geschaffen: die Angst, die Gewalt und den Hunger. Die Angst vor der FARC, welche noch gestern ganze Territorien kontrollierte und die dortige Bevölkerung einschüchterte, ist heute durch die demokratische Sicherheit geschlagen und eingekesselt im Urwald, völlig verachtet aufgrund ihres schändlichen Deliktes der Entführung.

Die terroristische Gewalt des Narcoparamilitarismus hat sich in eine offizielle Politik von Belohnungen, Verrat und Delikten im Rahmen der sogenannten demokratischen Sicherheit verwandelt, während neue kriminelle Banden entstehen, welche sich dem Drogenhandel widmen und Morde und Einschüchterung gegenüber der Zivilbevölkerung begehen, welche nicht mit ihnen kooperiert oder nicht bereit ist, ihre illegalen Machenschaften zu decken. Zudem hat Uribe eine assistentialistische Politik mit den Programmen „Familien in Aktion“ und der Ausweitung des Basisgesundheitsdienstes entwickelt, um den Hunger und die soziale Marginalität abzuschwächen. Dies hat ihm enorme Popularität als ein grossherziger und unermüdlicher Präsident eingebracht. Doch um dieses farbige und schöne Kleid der charismatischen Legitimität, geschmückt mit der Vergabe von Subventionen und Pfründen in einem jeden „Gemeinschaftsrat“ dauerhaft zu tragen, braucht es die glänzende und unhinterfragbare Zustimmung des Volkes. Es ist unumgänglich, ein Referendum einzuberufen, diese Art einer vergänglichem Brücke, auf der sich Autokraten, Caudillos und Diktatoren mit der Verkleidung der Unterstützung des Volkes zu bewegen pflegen.

Die List des Referendums

Mit der List des Referendums möchte Uribe als Alchimist der Illegitimität in die Geschichte eingehen. Er würde damit die Angst, die Gewalt und den Hunger zu den wichtigsten Quellen seiner Legitimität als Caudillo und Charismatiker machen und damit zynisch die Regeln und Institutionen eines Rechtsstaates verspotten. Ohne die Respektierung dieser Regeln kann nie eine demokratische Legitimität erlangt werden. Darum beginnt er jetzt seine Tiraden gegen die Anklagekammer des Obersten Gerichtshofes und beschuldigt sie gar, mit ihrem Urteil den dahinsiechenden Terrorismus der FARC zu unterstützen und die Politik der demokratischen Sicherheit in Gefahr zu bringen.

Dies ist seine Karte, welche ihm stets zum Sieg verholfen hat und die er in allen möglichen Begebenheiten zückt, gegen all jene, die ihm nicht bedingungslos auf seinem Kreuzzug gegen den Terrorismus folgen. Doch dieser Kreuzzug scheint die abscheulichsten Verbrechen rein zu waschen und zu rechtfertigen, so jene, welche von den AUC als authentische Erben der berühmten Sicherheitskooperativen „Convivir“ verübt wurden. Die Convivir wurden mit gro-

ssem Enthusiasmus von Uribe während seiner Zeit als Gouverneur des Dep. Antioquia gefördert. Diese Convivir verwandelten Urabá in ein breites und üppiges Bananenproduktionsgebiet, gedüngt mit „Blut, Schweiß und Tränen“ von über 930 aussergerichtlich während der dreijährigen Amtszeit von Uribe hingerichteten Personen. Der Strudel der Gewalt, welcher in den ersten sechs Monaten der Amtszeit von Uribe ausgelöst wurde, führte gar dazu, dass der konservative Senator Fabio Valencio Cossio den damaligen Gouverneur Uribe anklagte, „die Morde um 387% in Urabá gesteigert und den Paramilitarismus mit den Sicherheitskooperativen Convivir gefördert zu haben“. So hiess es in einer Rubrik der Zeitung El Tiempo vom 30. August 1995 auf Seite 6A.

Sicherlich hat der jetzige Innen- und Justizminister Valencia Cossio kein derart schwaches Gedächtnis, dass er diese schreckliche Vergangenheit vergisst. Vielmehr zeigt es sich, dass er ein derart geschmeidiges und pragmatisches Bewusstsein hat, dass es sich leicht den Bedürfnissen der Macht anpasst; ein mit dieser verbrecherischen Vergangenheit stets loyales und bedingungsloses Bewusstsein. Zudem ein politisch und rechtlich strafloses Bewusstsein, nach dem zu urteilen es eine gute und legitime Gewalt gibt, welche die Investitionen stimuliert und eine schlechte und terroristische Gewalt, welche die Investitionen vertreibt. An diese Art von Gedächtnis wird das Referendum des Alchemisten der charismatischen Illegitimität appellieren, denn Uribe ist überzeugt, dass die perfekte Kombination von Angst und Gewalt, begleitet von einer guten Dosis assistentialistischer Politik, den Hunger vieler stillen und die Gier nach Gewinn und Investitionen von wenigen anheizen wird. Doch Uribe vergisst, wie es auch mit seinen machtsüchtigen Vorgängern und deren Referenden (Chávez, Fujimori und Pinochet) ergangen ist: Niemand regiert über lange Zeit erfolgreich und straffrei.